

Freie Wohnungen für Flüchtlinge

Verein: Stadt soll Räume anmieten

Bremen. Ein Teil der Flüchtlinge, die zurzeit in Turnhallen und Zelten leben, könnten schnell in Wohnungen untergebracht werden. Dieser Meinung ist der Vorsitzende des Vereins „Haus und Grund Bremen“, Bernd Richter. Zahlreiche Vermieter seien bereit, ihre Räume an Flüchtlinge zu vermieten – verlangen aber eine direkte Anmietung durch die Stadt. Diese würde dann die Miete bezahlen und bei Konflikten mit den Mietern unterstützend eingreifen. Doch dazu, so Richter, sei Bremen nicht bereit. Die Stadt weigere sich, Wohnungen anzumieten, die freiwillig und zu akzeptablen Bedingungen angeboten werden. „Bremen wäre gut beraten, wenn man sich die positiven Erfahrungen anderer Kommunen mit der direkten Anmietung zunutze machen würde.“ Die Stadt Bremerhaven zum Beispiel nehme die Bedenken der privaten Vermieter ernst und biete eine direkte Anmietung von Wohnungen an. Auch Schleswig-Holstein, insbesondere Kiel, habe auf diesem Weg bereits rund 1000 Flüchtlingsfamilien in Wohnungen untergebracht.

„Haus und Grund“ habe dem Sozialressort schon vor Monaten Mustermietverträge zur Verfügung gestellt. Eine positive Reaktion stehe aus, so Richter. Der Verein habe Sozialsenatorin Anja Stahmann (Grüne) vor wenigen Tagen erneut Unterstützung angeboten. Richter: „Wir sind auf die Rückantwort gespannt“.

Stahmann weist die Vorwürfe des Vereins zurück. Schon im September sei das Thema bei der Jahreshauptversammlung von „Haus und Grund“ angesprochen worden. Als die Senatorin aber klar gemacht habe, dass die Stadt dann auch bestimme, wer in die Wohnungen einzieht, wenn Bremen die Räume anmietet, hätten die Vermieter abgewunken, so Stahmann-Sprecher Bernd Schneider. Die Vermieter hätten selbst bestimmen wollen, an wen sie die Wohnungen vermieten. Schneider: „Aus unserer Sicht hatte sich das Thema damit erledigt.“ Hinzu komme, dass eine direkte Anmietung durch die Stadt die Stellung der Flüchtlinge gegenüber anderen Mietern stärken würde und sie am Ende von Vermietern bevorzugt werden könnten. Bernd Schneider: „Solche Verzerrungen am Wohnungsmarkt möchten wir vermeiden.“

AKL-HPP

3,3 Millionen Euro für Hochwasserschutz

Bremen. Die Stadt erhält 3,3 Millionen Euro Fördermittel des Bundes für den Hochwasserschutz an der Weser. Damit sind 90 Prozent der Projektkosten für die sogenannte Stadtstrecke in der Neustadt und die Weiche Kante in der Überseestadt in Höhe von 3,65 Millionen Euro finanziert. Umweltseminator Joachim Lohse freut sich über die Förderung des Bundes für diese zwei bedeutenden Hochwasserschutzmaßnahmen an der Weser: „Wir müssen Bremen nachhaltig vor Sturmfluten schützen“. Ohne sichere Deiche und Hochwasserschutzanlagen wären fast 90 Prozent des Stadtgebietes ständig von Überflutungen bedroht. Mit mehr als vier Metern habe die Weser in der Altstadt den höchsten Tidenhub in der norddeutschen Bucht. Bremen hatte sich mit Leithema „Leben mit dem Fluss“ an einem Wettbewerb des Bundesbauministeriums beteiligt. Insgesamt sind 164 Anträge von Städten und Gemeinden eingegangen, 46 davon wurden ausgewählt und werden gefördert.

HPP

STADTUMSCHAU

Das Leben vier junger Flüchtlinge ist Thema der Ausstellung „Auf Augenhöhe?“, die bis zum 26. Februar im Europapunkt Bremen, Am Markt 20, zu sehen ist. Die Ausstellung soll Flucht für den Betrachter greifbar machen und den Flüchtlingen einen Raum geben, sich zu artikulieren. Die Vernissage findet am Freitag, 29. Januar, um 15 Uhr statt.

Um Homosexualität und Musik geht es bei einem Symposium der Hochschule für Künste (HfK). Referenten aus Musik- und Geschichtswissenschaft, ein Filmregisseur und ein Komponist diskutieren unter anderem über die politischen und moralischen Aspekte des Themas. Das Symposium findet am Freitag, 29. Januar, von 11 bis 20.30 Uhr sowie am Sonnabend, 30. Januar, von 10.30 bis 15.30 Uhr in der HfK, Dechanstraße 13-15, statt. Alle Interessierten sind eingeladen. Anmeldung bei Michael Zywielt unter m.zywielt@hfk-bremen.de.

Die Durchsetzung des Völkerrechts ist Thema eines Vortrags am Donnerstag, 28. Januar, im Haus der Wissenschaft, Sandstraße 4. Beginn ist um 18 Uhr. Insbesondere geht es um Möglichkeiten der internationalen Staatengemeinschaft, gegen Verletzungen des Völkerrechts in aktuellen Krisengebieten vorzugehen.

REDAKTION BREMEN
Telefon 0421/36713690
Fax 0421/36711006
Mail: lokales@weser-kurier.de

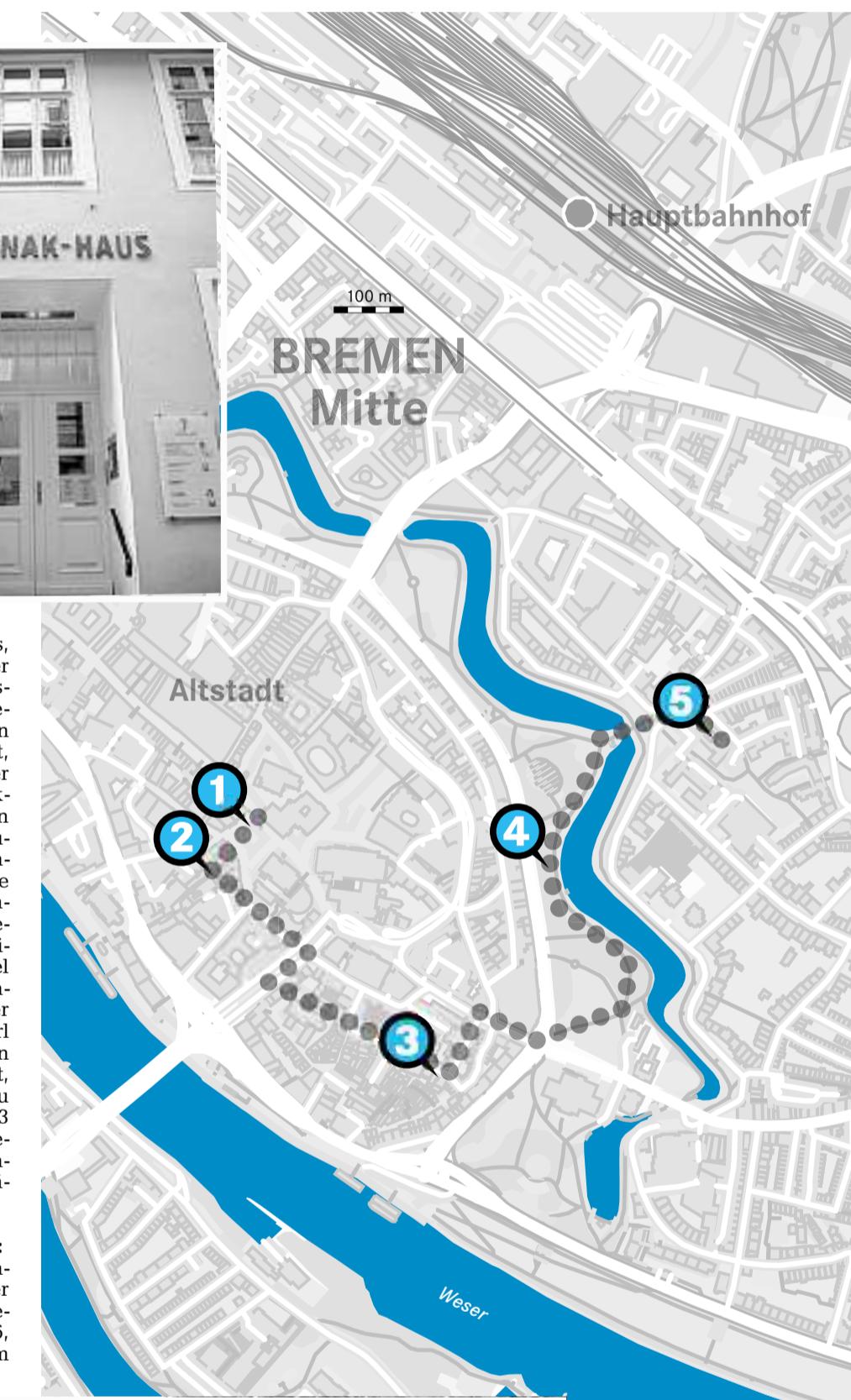
GEDENKEN AN DIE OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS: BREMER ORTE UND IHRE GESCHICHTE

Gang durch die Vergangenheit

VON CAROLIN HENKENBERENS

Schütting, Böttcherstraße, Wallanlagen: Wer durch die Hansestadt geht, kann sich der kleinen Anekdoten, der schönen Architektur und der Grünanlagen erfreuen. Doch viele Orte in Bremen haben einen Schatten auf ihrer Geschichte, weil an ihnen Verbrechen geschahen oder sie in die Machenschaften der Nationalsozialisten verwickelt waren. Stadtführer Joachim Bellgart bietet regelmäßig Touren zu „Bremen im Nationalsozialismus“ an. Auf einem kleinen Rundgang durch die Stadt hat er als Beispiele Orte gezeigt, die sonst wegen ihrer Schönheit wahrgenommen werden oder an denen selbst eingefleischte Bremer achtlos vorbeigehen.

1) Marktplatz mit Roland und Schütting: Auf dem bekanntesten Platz Bremens berichtet Bellgart bei seinen Touren über die Machtübernahme der NSDAP im März 1933 – zu dessen Anlass über dem Schild des Roland und an der Rathausfassade Fahnen mit einem Hakenkreuz aufgehängt wurden. „Am 6. März 1933 haben sich große Menschenmassen auf dem Marktplatz versammelt und forderten den Rücktritt des Senats“, erzählt Bellgart. Der Grund: Bei der Wahl einen Tag zuvor erreichte die NSDAP in Bremen 33 Prozent. Das war zwar weniger als im gesamten Deutschen Reich (45 Prozent), aber ein drastischer Anstieg im Vergleich zu 1930 (12 Prozent). „Direkt nach der Ernennung des neuen Bürgermeisters, Richard Markert, gratulierten Vertreter der Wirtschaft wie der Präsident der Handelskammer dem NSDAP-Mann Markert“, berichtet Bellgart. Das Haus Schütting, in dem die Handelskammer ihren Sitz hat, steht symbolisch für die Verwicklung der Bremer Wirtschaft in die Rüstungsproduktion. Bei Borgward, der AG Weser und in vielen Reedereien sind Militärgüter produziert worden. Wie in der Chronik der Handelskammer nachzulesen ist, arrangierte sich der eine oder andere mit den „veränderten politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten“, um die eigene kaufmännische Existenz zu sichern. Der Außenhandel lag in der NS-Zeit so gut wie brach. Die Industrie- und Handelskammer stand unter der Führung des NSDAP-Mitglieds Karl Böllmeyer. Geschäftstreibende in Bremen wurden von den Nazis unter Druck gesetzt, sich von jüdischen Geschäftspartnern zu distanzieren. Schon bevor am 1. April 1933 ein zentraler Erlass erging, jüdische Geschäfte zu boykottieren, forderten die Nazis in Bremen die Bürger auf, jüdische Läden zu meiden.



3) Rosenak-Haus in der Kolpingstraße 7: Wenige hundert Meter von der Böttcherstraße entfernt, an der Baumwollbörse vorbei, über die Domsheide, die Dechanatstraße hinein und sofort wieder rechts, findet sich in der Kolpingstraße ein eher unauffälliger Ort. „Hier stand bis zur Reichspogromnacht 1938 eine jüdische Synagoge“, erzählt Bellgart. In der Nacht des 9. November stürmten SA-Männer gegen

Mitternacht die Synagoge und zündeten sie mit in Benzin getränkten Tüchern an. Auch das benachbarte Gemeindehaus wurde schwer beschädigt. Heute hat dort der Sozialdienst katholischer Frauen seinen Sitz, an der hellblauen Fassade steht der Schriftzug „Rosenak-Haus“. Wo einst die Synagoge stand, wurde später das Kolpinghaus errichtet. Vor einigen Jahren ist das abgerissen und durch einen weiß ver-

putzten Neubau ersetzt worden. Eine Gedenktafel an der Fassade erinnert an das Verbrechen in der Pogromnacht. Im Keller befindet sich zu dem ein Gedenkort, der allerdings nicht ständig zugänglich ist, wie Bellgart sagt. Ein Verein habe die finanziellen Mittel nicht mehr aufbringen können. Die Hörstationen seien verwaist. „Da passiert eigentlich nichts.“ In Bremen kamen in der Pogromnacht fünf Menschen zu Tode, 3700 Bremer seien bis 1945 von den Nazis als jüdisch verfolgt worden.

4) Lidice-Mahnmal in den Wallanlagen: Nach dem Rosenak-Haus geht es weiter in die Wallanlagen. Am Stadtgraben trübt nur das nasskalte Wetter die Aussicht, ein Akkordeonspieler sorgt für

gute Laune. „Da ist das Lidice-Denkmal“, sagt Bellgart plötzlich. Von oben kommt, könnte man das Denkmal fast übersehen. Ein nackter Jüngling, neben ihm zwei verwitterte Holzbalken und der Rest einer Mauer. „Es sieht harmslos aus, aber der Jüngling ist ein NS-Denkmal“, sagt Bellgart. Ursprünglich war die Bronze-Statue 1936 von Nazis aufgestellt worden, um an die Gefallenen der Division Gerstenberg zu erinnern, die die Bremer Räterepublik 1919 zerschlagen hatten. Der Bremer Künstler Jürgen Waller schuf 1989 deshalb mit dem Balken und der Mauer direkt neben dem Jüngling das Lidice-Mahnmal, das an die Zerstörung und den Massenmord im tschechischen Dorf Lidice erinnern soll. Am 10. Juni 1942 waren deutsche SS-Männer und Polizeitruppen über den Ort westlich von Prag hergefallen und hatten alle 173 Männer ermordet. Die Frauen und viele der Kinder deportierten sie in Konzentrationslager, wo sie vergast wurden. Die Häuser in Lidice wurden angezündet. Eine Tafel am Mahnmal informiert über den Hintergrund des Verbrechens. Die Jüngling-Statue trägt heute keinen Lorbeerkrantz – ein Symbol des Sieges – mehr. Auch der Sockel, der auf die Gefallenen der Division hinweist, ist abmontiert worden.

5) Fresken französischer Zwangsarbeiter: Über die Brücke in den Wallanlagen geht es weiter zum Staatsarchiv, wo Stadtführer Bellgart schon oft in Dokumenten recherchiert hat. Schnurstracks durchschreitet er den Eingangsbereich, an der Wand im Gang zeigt er zwei Fresken, die französische Zwangsarbeiter gemalt haben. „Die Arbeiten sind als geschichtliches Dokument einzigartig“, sagt Bellgart. In Bremen seien sie wenig bekannt. Erst 1996 sind die Wandmalereien geborgen worden, nachdem ein ehemaliger Zwangsarbeiter einem Pastor über deren Existenz berichtet. Die Fresken zeigen Alltagsszenen im Hafen wie das Entladen von Holz von einem Schiff. Die Arbeiter tragen blaue Anzüge, ansonsten sind Erdtöne verwendet worden. „Das sind alles geschönte Darstellungen“, warnt Bellgart. Die Zwangsarbeiter durften die Wände ihrer Baracken im Hafen bemalen – aber nur harmlose Motive. 70000 Zwangsarbeiter mussten in Bremen schwerste körperliche Arbeit leisten und oft unter un würdigen Verhältnissen leben. „Die Zwangsarbeiter waren damals ein Fünftel der Bremer Bevölkerung.“ Die mit Leimfarben auf Kalk gemalten Bilder sind von Sommer 1942 bis Frühjahr 1943 entstanden. Ein weiteres Bild hängt im Hafenmuseum und eines in einer Gedenkstätte in Caen in der Normandie.

Joachim Bellgart weist darauf hin, dass seine Tour nicht vollständig ist. Es gäbe noch viele weitere Orte, die einen Besuch wert wären: Der U-Boot-Bunker Valentin zum Beispiel oder das erste Konzentrationslager in der Findorff Hemmstraße, die Orte der Zwangsarbeit im Hafen. Doch all diese Plätze sind zu Fuß schwerer erreichbar. Die nächste Führung in der Innenstadt findet am 19. Februar um 14 Uhr statt und kostet sechs Euro, für Kinder vier. Treffpunkt ist vor dem Staatsarchiv. Die Bremer Touristikzentrale bietet keine Touren nach NS-Vergangenheit Bremens an. „Das sehen wir nicht als unsere Aufgabe an. Wir machen eher die klassischen Touren“, sagt eine Sprecherin. Wer allein auf Spurensuche gehen möchte, kann sich eine App installieren, die die Landeszentrale für politische Bildung (LzB) erstellt hat und an Erinne rungsorte führt. Sie heißt „Spuren such Bremen“ und ist kostenfrei. Die LzB hat anlässlich des Gedenktages an diesem Mittwoch ein umfangreiches Programm mit Vorträgen und Gedenkveranstaltungen erstellt. Zu finden ist es unter www.lzb-bremen.de

Um den Termin für die nächste Führung in Ihren Kalender einzutragen, scannen Sie das Bild oben links.